



Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn



André Wyss
Kantonsrat Solothurn

Sessionsbericht 27./28. Juni/5. Juli 2023

In der Sommer-Session ging es unter anderem und ausgiebig um das neu geplante **Zentralgefängnis Kanton Solothurn**, welches mit 120 Mio. Franken eine grosse Investitionssumme und anschliessend hohe jährliche Betriebskosten auslösen würde. Unbestritten ist, dass der heutige Zustand nicht befriedigend und ein neues Gefängnis (grösser und den heutigen Sicherheitsstandards entsprechend) nötig ist. SVP und FDP stellten dennoch je einen Rückweisungsantrag. Dies ist insofern erwähnenswert, weil das Geschäft in insgesamt drei Kommissionen (was an sich wieder sehr ausssergewöhnlich ist) vorberaten und dort überall ziemlich klar angenommen wurde. Daher drehte sich die Diskussion schliesslich fast weniger um das neue Gefängnis (und somit um die Sache), sondern mehr um die Frage, welche politisch-taktischen Überlegungen hinter diesen Anträgen stehen. Die Rückweisungsanträge wurden schliesslich je im Verhältnis von ca. 60:40 abgelehnt, das Geschäft in der Folge mit 64:20 (bei 9 Enthaltungen) angenommen. Das letzte Wort hat hier das Stimmvolk, das voraussichtlich am 22. Oktober 2023 darüber abstimmen kann.

In der Juni-Session geht es jeweils um den **Jahresabschluss vom Vorjahr**. Der Abschluss 2022 fiel sehr positiv aus, weshalb sich dieses Jahr die Diskussionen in Grenzen hielten. Statt wie budgetiert mit einem kleinen Defizit schloss die Rechnung massiv besser, mit einem Überschuss von 148 Mio. Franken, ab. Weniger rosig sieht der Ausblick aus. Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP), welcher einen Ausblick für die Jahre 2024 - 2027 macht, weist ein jährlich steigendes Defizit aus. Allerdings ist nicht neu, dass je weiter weg die Planung, desto ungenauer und tendenziell auch negativer sie aus; was nüchtern betrachtet somit oft dramatischer aussieht als es mit grosser Wahrscheinlichkeit dann effektiv sein wird.

Ein Auftrag beschäftigte sich mit dem **«Gender-Wirrwarr»**. Dabei wurde einmal mehr sichtbar, dass im Kantonsrat – wie wahrscheinlich auch in der Gesellschaft allgemein – nicht primär die wichtigsten, sondern eher die emotionalsten Themen am meisten diskutiert werden. Die neuen Schreibweisen sind in der Tat nicht jedermanns Sache. Bei all diesen Variationen mit Schrägstrich, Unterstrich, Binnen-I, Doppelpunkt und Sternchen oder bei all den neuartigen Begriffen, die sich inzwischen in unseren schriftlichen und sprachlichen Alltag eingeschlichen haben, kann man durchaus von einem «Wirrwarr» sprechen. Während im Alltag bzw. in der Privatwirtschaft die Grenzen der Kreativität inzwischen relativ weit gesteckt worden sind, bestehen jedoch für die kantonalen Einrichtungen Vorgaben an die Sprache. Und da ist der Regierungsrat und ein Grossteil vom Kantonsrat der Meinung, dass diese eingehalten werden. Somit sieht der Kantonsrat hier keinen Handlungsbedarf.

Das Baubewilligungsverfahren soll vereinfacht und digitalisiert werden. Heute werden die rund 6'000 Gesuche pro Jahr mit viel Papier und Akten eingereicht. Das verursacht bei den verschiedenen Stellen einen hohen administrativen Zeitaufwand, ist längst nicht mehr zeitgemäss und sehr ineffizient. Mit dem Projekt **«eBau»** sollen nun die Baugesuche kundenfreundlicher, effizienter und mit viel weniger Schnittstellenrisiken eingereicht werden. Zwei Drittel sollen dadurch vom Kanton, ein Drittel durch die Gemeinden finanziert werden. Die Vorlage war unbestritten.

In Kürze

Freigegeben wurde ein Kredit für die **neue Regionalpolitik** sowie für die Projektierung **Hochwasserschutz der Dünnern**. Bei den Interpellationen ging es unter anderem um die **speziellen Förderungen**, die **Stromversorgung**, das **Kloster in Olten** und um **E-Trottinetts**.

Die nächste Session findet am 5./6./13. September 2023 statt.

André Wyss

www.evp-so.ch | www.andrewyss.ch

Persönlich

Beim **IAFP** hielt ich ein kurzes Einzelvotum. Kommissionssprecher war ich beim **«Monitoring der Solothurner Pensionskasse»**, Fraktionssprecher beim Thema **«Gender-Wirrwarr»**.

Neu eingereicht habe ich einen Auftrag mit dem Titel **«Bestattung von Sternenkindern»**. Der Regierungsrat soll dabei aufgefordert werden, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, dass Fehl- und Totgeburten bestattet werden können, sofern die Eltern dies wünschen. Da dies aktuell kantonal nicht geregelt ist, wird es von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich gehandhabt.

Mein Vorstoss für eine Vereinfachung der **«Ortsplanungen»** kam just nicht mehr an die Reihe und wird somit in der September-Session besprochen.